

169/SPET

vom 15.01.2021 zu 50/PET (XXVII. GP)

Interessengemeinschaft Politische Bildung – IGPB
c/o Demokratiezentrum Wien
Hegelgasse 6/5
A-1010 Wien



Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen
Parlamentsdirektion
1017 Wien

Wien, Klagenfurt 15.1.2021

Stellungnahme zur Petition „Demokratie- und Menschenrechtsbildung jetzt!“ ZI. 50/PET-NR/2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur eingebrachten Petition „Demokratie- und Menschenrechtsbildung jetzt!“ Stellung zu nehmen. Die Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB), die als parteiunabhängige Fachgesellschaft die Interessen der schulischen wie außerschulischen politischen Bildung vertritt, begrüßt jede Form der Förderung von Demokratie- und Menschenrechtsbildung sowie europapolitischer Bildung. Die Festigung von demokratischen Werten in einer Gesellschaft ist eine kontinuierliche, umfassende Aufgabe, vor allem des Bildungssystems.

Daten in Umfragen weisen seit Jahren auf eine relativ hohe und stabile Zustimmung zur Demokratie hin, allerdings sind auch zunehmend Zeichen der Verunsicherung zu erkennen (für Österreich vgl. z.B. SORA <https://www.demokratiemonitor.at/>) und gerade Menschenrechtsbildung angesichts der Pandemie oder Anti-Rassismus-Förderung aufgrund zunehmender Interkulturalität unserer Gesellschaft (vgl. Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform <http://www.mehrheitswahl.at/>; ZARA <https://www.zara.or.at/de/wissen/publikationen/rassismusreport>) sind von zentraler Bedeutung. Weltweit können derzeit Entwicklungen beobachtet werden, die durch die gesellschaftliche und ökonomische Polarisierung gepaart mit mangelndem Verständnis für demokratische Prozesse selbst gefestigte Demokratien bedrohen, wie der Sturm auf das Kapitol in Washington im Jänner 2021 oder die Proteste der „Querdenker“ in Europa gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

Alle in der Petition erwähnten Themen sind bereits integraler Bestandteil der politischen Bildung in Österreich (siehe auch den Grundsatzentwurf Politische Bildung 2015 https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015_12.html), sodass die IGPB keine Notwendigkeit in der Etablierung eines neuen Unterrichtsgegenstandes oder Unterrichtsprinzips, wie in der Petition gefordert, sieht. Allerdings teilt die IGPB die Einschätzung der Initiatoren der Petition, dass es in der Praxis bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung in Österreich zu großen Leerstellen kommt aufgrund der mangelnden Ressourcen sowie unzureichenden institutionellen Veranke-

Interessengemeinschaft Politische Bildung – IGPB
c/o Demokratiezentrum Wien
Hegelgasse 6/5
A-1010 Wien



rung von politischer Bildung vor allem in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. Daher erneuert die IGPB an dieser Stelle ihre langjährige Forderung nach einem eigenen Unterrichtsgegenstand Politische Bildung sowie der Stärkung des bereits vorhandenen Unterrichtspinzips vor allem in der Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrern an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.

Für eine Stärkung von Menschenrechts- und Demokratiebildung sowie europapolitischer Bildung gilt es daher vor allem die Politische Bildung besser auszustatten, besser zu verankern und dadurch weiter zu professionalisieren. Wir dürfen an dieser Stelle auf ein Positionspapier der IGPB hinweisen, in der auf die bereits lange bekannten Defizite hingewiesen wird (<https://www.igpb.at/positionspapiere/>) und folgende Maßnahmen vorgeschlagen werden:

- Politische Bildung und Demokratiebildung sollte in allen Bildungseinrichtungen verpflichtend vorgesehen sein. Frühes politisches Lernen und aktive demokratische Beteiligung ab der Volksschule fördern das selbstständige Denken und das soziale Verständnis der Kinder und tragen so zu einer demokratischen Kultur bei. Österreich hat mit der Wahlalterssenkung auf 16 Jahre eine Pionierrolle in Europa übernommen und damit eine umso größere Verantwortung für die Politische Bildung der jüngsten BürgerInnen. Dazu gehören, neben einer aktiven demokratischen Miteinbeziehung der Kinder in die Unterrichtsgestaltung, auch das Fördern und Üben von gemeinsamen Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozessen, das Erlernen des politischen Urteilens und das Erlernen eines solidarischen Miteinanders. In den Volksschulen muss Politische Bildung im Rahmen des Sachunterrichts ausdrücklich als Teilbereich des Faches ausgewiesen, klarer profiliert und in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zuverlässig und deutlich stärker als bisher verankert werden.
- In den allgemeinbildenden Schulen muss im Kombinationsfach mit Geschichte der Status der Politischen Bildung aufgewertet werden. Um den Unterricht von Politischer Bildung von seinem Schattendasein zu befreien, ist unser Ziel die Einrichtung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ in allen Schulformen der Sekundarstufen. Der Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung“ soll politische Teilhabe, Grund- und Freiheitsrechte und unsere demokratische Kultur erfahrbar machen, um über diese Erfahrung das Politikbewusstsein der Schülerinnen und Schüler zu bilden. Dazu gehört auch die Etablierung eigenständiger Lehramtsstudiengänge, die zur Lehrbefähigung in Politischer Bildung führen. Dies soll dazu führen, dass die zukünftigen Lehrkräfte für Politische Bildung auch Hauptverantwortliche für die Umsetzung von Demokratiebildung an Schulen sind. Die Definition der konkreten Ziele für die fachbezogenen Aufgaben der Politischen Bildung in Form von Kompetenzen wird begrüßt; das derzeit bestehende österreichische Kompetenzmodell für die Politische Bildung sollte mit Hilfe von Fortbildungen praxiswirksam gemacht werden.
- Trotz dieser Notwendigkeit der fachlichen Professionalisierung besteht aus sachlichen Gründen in der Politischen Bildung auch die Notwendigkeit der fächerübergreifenden Kooperation. Die Umsetzung kann dabei je nach Schultyp unterschiedlich sein. Hier können auch die Spielräume der Schulautonomie genützt werden.

Interessengemeinschaft Politische Bildung – IGPB
c/o Demokratiezentrum Wien
Hegelgasse 6/5
A-1010 Wien



- Das Lehrangebot der Universitäten und der Pädagogischen Hochschulen im Bereich der Politischen Bildung muss ausgebaut und erweitert werden. Denn nur Lehrerinnen und Lehrer, die sich in ihrer Ausbildung ausreichend mit Politischer Bildung auseinandergesetzt haben, werden zu einem höheren Prozentsatz diese Inhalte auch in ihrem späteren Unterricht verstärkt umsetzen. Neben der Schaffung eines eigenen Lehramtsstudiengangs Politische Bildung ist es daher auch notwendig, dass allen Lehrerinnen und Lehrern die zentralen Grundlagen für Politische Bildung vermittelt werden.

Sollte die schulische politische Bildung in dieser Form gestärkt werden, so umfasst sie nach Ansicht der IGPB auch die geforderten Inhalte der Petition. Ein zusätzlicher Unterrichtsgegenstand oder ein weiteres Unterrichtsprinzip im Sinne des Petitionstextes würde hingegen zusammenhängende Inhalte und didaktische Ziele nur zersplittern und durch die Aufteilung von den momentan zu geringen Ressourcen schwächen.

Zusammengefasst begrüßt die IGPB die Stärkung von Inhalten Menschenrechts- und Demokratiebildung sowie europapolitische Bildung im Schulunterricht sowohl in Form eines eigenen Faches ab der ersten Schulstufe als auch im Rahmen eines Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsgegenstände und Schultypen, sieht dies aber besser durch die Professionalisierung sowie durch eine generelle Aufwertung, bessere Ausstattung in Form von Wochenstunden und weiter reichende Verankerung in der Ausbildung von angehenden Lehrpersonen des bereits vorhandenen und etablierten Faches und Fachgebietes Politische Bildung gewährleistet.

Mit freundlichen Grüßen

FH-Prof. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle
Obfrau IGPB

Kontaktpersonen:

MMag. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle (Obfrau)

K.Stainer-Haemmerle@fh-kaernten.at

Sonja Luksik MA (Vereinskassierin)

luksik@politischebildung.at

Website: igpb.at